

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/041(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 28.03.2023	Tierisch geborgen e.V., Milchweg 31, 39128 Magdeburg	17:00 Uhr	19:04 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.02.2023
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Maßnahmen zur Förderung der Zuwanderung junger qualifizierter Menschen, insbesondere qualifizierter Frauen, regional, national und international DS0090/23
- 6 Anträge

6.1	Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt Magdeburg	A0013/23
6.1.1	Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt Magdeburg	S0101/23
6.2	Kinderschutz	A0163/22
6.2.1	Kinderschutz	A0163/22/1
6.2.1.1	Kinderschutz	A0163/22/1/1
6.2.2	Kinderschutz	S0305/22
7	Informationen	
7.1	Kostenlose Menstruationsartikel an den Schulen	I0057/23
7.2	Aktuelle Situation in der Wohngeldbehörde	I0060/23
8	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Christian Mertens

Mitglieder des Gremiums

Julia Brandt

Mirjam Karl-Sy

Nadja Lösch

Manuel Rupsch

Sachkundige Einwohner/innen

Noah Biswanger

Peter Uhlmann

Geschäftsführung

Heike Ponitka

Natalie Schoof

Abwesend - entschuldigt

Julia Bohlander

Daniela Diestelberg

Abwesend - unentschuldigt

Jacqueline Brösicke
Aila Fassel

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtrat Mertens eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Mertens berichtet, dass heute ein neuer Änderungsantrag zum Änderungsantrag Kinderschutz eingestellt wurde und dieser auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Bestätigung der Tagesordnung: **5-0-0**

3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.02.2023

Bestätigung der Niederschrift: **4-0-1**

4. Öffentliche Sprechstunde

Es ist niemand zur öffentlichen Sprechstunde erschienen.

5. Beschlussvorlagen

- 5.1. Maßnahmen zur Förderung der Zuwanderung junger qualifizierter Menschen, insbesondere qualifizierter Frauen, regional, national und international
Vorlage: DS0090/23

Frau Stieger, Dezernentin Dez. III, bringt die Drucksache ein.

Sie berichtet, dass eine Abwanderung von Frauen in den letzten 10 Jahren nicht mehr zu beobachten ist. Daher sollen die Mittel zukünftig gegen die Abwanderung und für die Integration von Fachkräften genutzt werden.

Auf den Hinweis von **Herrn Biswanger**, sachk. Einwohner, dass die Stellungnahme des Amtes 12 genau auf das Gegenteil hinweist, erklärt **Frau Stieger**, dass sie dies anders liest und wertet.

Auf die Nachfrage von **Stadträtin Brandt**, welche Maßnahmen geplant sind erklärt **Frau Stieger**, dass verschiedene Maßnahmen/ Projekte durchgeführt wurden und werden. Um die Zuwanderung zu unterstützen werden z. B. Willkommensevents geplant, bei dem verschiedene Problemlagen (Kinderarztsuche, kulturelle Unterschiede, Schule, Kita) aufgenommen und bearbeitet werden. Die Auslandsgesellschaft ist als Partner dabei.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, weist auf MD Statistiken hin, die eine Abwanderung von Frauen ab 25-30 Jahren aussagen und benennt, dass es aus ihrer Sicht auch wichtig ist, Frauen in der Stadt mit guten Arbeitsbedingungen zu halten. Daher sollte der Beschluss von 2013 nicht aufgehoben werden. Stattdessen wäre es günstig, beides erfolgt: Abwanderung verhindern und Zuzug unterstützen. Auch das Erarbeiten einer Fachförderrichtlinie im Dezernat III wäre eine Möglichkeit.

Stadtrat Rupsch schlägt vor, dass für beide Punkte jeweils 38 Tsd. € eingestellt werden sollten. Wahrscheinlich dann für die Haushaltserstellung für 2024.

Stadträtin Brandt und **Herr Biswanger**, sachk. Einwohner, schlagen vor, die DS zurückzustellen und eine gemeinsame Abstimmung, um die Maßnahmen zu prüfen.

Frau Stieger erklärt, dass sie keine Fachförderrichtlinie erstellen wird, da sie selber Projekte steuern und umsetzen wollen.

Stadträtin Brandt stellt den GO-Antrag, dass die Drucksache auf die nächste Sitzung verschoben wird.

Abstimmung GO-Antrag: 3-1-1

Drucksache wird **zurückgestellt**.

6. Anträge

6.1. Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: A0013/23

Herr Biswanger, sachk. Einwohner, bringt den Antrag ein.

Er berichtet, dass es in Magdeburg nur 141 Wohnungen gibt, die als barrierearm bzw. barrierefrei gelten. Und diese liegen bei einer Miete zwischen 6 – 14 €/m² in Magdeburg. Wenn man bedenkt, dass die Renten oftmals an der Armutsgrenze liegen, ist es schwer eine bezahlbare Wohnung zu finden. Da muss etwas getan werden.

Frau Otte, Sozialamt, bringt die Stellungnahme ein.

Sie erklärt, dass die Stadtverwaltung alle 2 Jahre eine Abfrage bei den Vermietern durchführt, um zu erfahren wie viele Barrierefreie bzw. Barrierearme Wohnungen sie haben.

Sie selbst können nur das Angebot, welches es in der Stadt gibt, darstellen. Bisher wurden immer Lösungen für die Personen gefunden, da dann auch immer eine Einzelfallprüfung durchgeführt wurde und auch bei der Suche geholfen haben.

Die Anwesenden kritisieren, dass keine genauen Zahlen existieren, welche Bedarfe bestehen und es keine Strategie der Stadt zur Verbesserung der Situation gibt.

Stadtrat Rupsch schlägt vor, dass der Ausschuss verschiedene Wohnungs-genossenschaften zu eine der nächsten Sitzungen einlädt, um dieses Thema mit Ihnen gemeinsam zu erörtern.

Stadträtin Lösch findet den Vorschlag gut und würde daher auch den Antrag zurückstellen.

Herr Biswanger, sachk. Einwohner, schlägt vor neben den Wohnungsgenossenschaften auch den Seniorenbeirat, die Behindertenbeauftragte sowie jemanden aus dem Bereich des Baudezernats einzuladen.

Von den Wohnungsbaugenossenschaften sollen eingeladen werden: Wobau, MWG, Stadtfelder, Otto-von-Guericke sowie der Vermieter Deutsche Wohnen.

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

6.1.1. Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: S0101/23

6.2. Kinderschutz
Vorlage: A0163/22

Herr Biswanger, sachk. Einwohner, bringt den Antrag ein.

Es gibt einen Änderungsantrag mit einem Änderungsantrag.

Die **Stadträte Rupsch** und **Lösch** bemängeln, dass niemand aus der Verwaltung da ist, um die Stellungnahme einzubringen.

Abstimmung:

2. Änderungsantrag: **3-1-0**

1. Änderungsantrag: **1-0-3**

geänderter Antrag: **3-0-1**

Stellungnahme: zur Kenntnis genommen

6.2.1. Kinderschutz
Vorlage: A0163/22/1

s.o.

6.2.1.1. Kinderschutz
Vorlage: A0163/22/1/1

s.o.

6.2.2. Kinderschutz
Vorlage: S0305/22

s.o.

7. Informationen

7.1. Kostenlose Menstruationsartikel an den Schulen
Vorlage: I0057/23

Herr Schlieffe, FB Schule und Sport, bringt die Information ein.

Er berichtet, dass das Projekt in jeweils 3 Schulen pro Bereich in den Winterferien 2022 gestartet wurde und es bis zu den Winterferien 2023 andauerte. Zum Vorfeld des Projektes wurden die Kinder/ Jugendlichen z.B. im Rahmen des Sachkundeunterrichts über das Projekt informiert und darüber aufgeklärt. Auch die Schulsozialarbeiter*innen haben dabei mitgewirkt. Für die Auswertung zur Nutzung der kostenfreien Menstruationsartikel wurden die Schulen angefragt. In der Regel haben die Schulleiter*innen selber geantwortet und zum Teil über hohen bis sehr hohen Vandalismus in den Toiletten berichtet.

In den Berufsschulen und zum Teil Förderschulen war Vandalismus kein Thema und wird auch weiterer Bedarf gesehen. Das kostenfreie Menstruationsartikel in den Schulen zur Verfügung gestellt werden, darin waren sich alle einig; einige Schulen möchten dies aber unterschiedlich händeln z.B. die Herausgabe über das Sekretariat oder die Schulsozialarbeiter*innen.

Stadträtin Lösch und **Herr Biswanger**, sack. Einwohner, finden, dass der Projektzeitraum mit 1 Jahr zu kurz angedacht war und sich da noch kein Gewöhnungseffekt bei den Kindern und Jugendlichen entwickeln konnten, dass kostenfreie Menstruationsartikel zur Verfügung stehen.

Die Information wird **zur Kenntnis genommen**.

Frau Schäfer, Sozialamt, bringt die Information ein. Sie berichtet, dass auf Grund der angekündigten Wohngeldreform bereits im September 2022 interne Maßnahmen angestoßen wurden um die Anträge schnellstmöglich bearbeiten zu können. Gemeinsam mit dem FB01 wurde eine Personalplanung durchgeführt und 24 neue Sachbearbeiter*innenstellen geplant – leider sind noch nicht alle davon besetzt. Zusätzlich wurden 10 Bürohelfer*innenstellen geschaffen. Im Moment liegt die Scanstelle ungefähr 3 Wochen im Rückstand und es gibt ca. 1100 offene Posteingänge sowie 4500 offene Anträge.

Ein großes Problem ist, dass jeder Antrag doppelt geprüft werden muss d.h. neben den/der Sachbearbeiter*in, muss der Antrag dann noch von den/der Prüfer*in abschließend geprüft und freigegeben werden. Um die vielen Anträge zu bewältigen benötigen sie 6 Prüfer*innen, haben aber nur 1,5 Prüfer*innen zur Verfügung. Ein wichtiger Grund, dass sich keine Mitarbeiter*innen für diese Aufgaben finden ist, dass diese höherwertige Arbeit nicht ausreichend vergütet wird, obwohl ein höherer Arbeitsaufwand und mehr Verantwortung vorliegt. Es ist bereits ein Termin mit dem FB01 geplant, um diese Problematik zu klären.

Pro Prüfer*in müssen ca. 500 – 600 Fälle monatlich geprüft werden.

Auf die Nachfrage von **Stadtrat Rupsch**, ob die Anträge auch digital gestellt werden können, erklärt **Frau Otte**, Sozialamt, dass laut Bundesgesetz die Anträge formal zu stellen sind.

Frau Ponitka, Gleichstellungsamt, schlägt vor, dass es möglich wäre, dass der Ausschuss ein Unterstützungsschreiben an das FB01 sendet. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Die Information wird **zur Kenntnis genommen**.

8. Verschiedenes

Frau Schulz, Gleichstellungsamt, berichtet, dass das Amt eine Anfrage erreichte, ob es Schwimmzeiten nur für Frauen und Mädchen in einer der Hallen in Magdeburg gibt. Durch FB 40 wurde mitgeteilt, dass so ein Angebot in der Schwimmhalle Olvenstedt vorgehalten wird. Immer Sonntag von 8 – 9 Uhr gibt es Frauen –und Mädchenschwimmen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Christian Mertens
Vorsitzende/r

Natalie Schoof
Schriftführer/in